

ropäische Vertragssystem, einschließlich des Grundlagenvertrages über die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, ernsthaften Schaden. Wir sind dafür, den Schaden möglichst zu begrenzen. Das bestehende Vertragssystem bleibt auch weiterhin eine gute Grundlage für die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten, wenn das bisher Erreichte gewahrt und im Einklang mit seinen Bestimmungen ausgebaut wird.

In unserer Politik bleiben wir dabei, daß die Friedenssicherung, die Gesundung der internationalen Lage die vorrangigsten Aufgaben sind. Wir sind bestrebt, all jenen, nicht zuletzt in der BRD, den Weg zu verlegen, welche gerade in einer zugespitzten Weltlage glauben, ihren abenteuerlichen Träumen in bezug auf die DDR einen Schritt näherzukommen.

Damit sich niemand Trugschlüssen hingibt, sei nochmals betont, daß man sich an die Tatsachen halten muß, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden sind. Nur das kann der Ausgangspunkt sein. Die DDR als erster sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden ist fest verankert im Bündnis des Warschauer Vertrages und unlösbar verbunden mit der Sowjetunion. Sie ist jederzeit bereit, ihre Bündnisverpflichtungen zu erfüllen.

Nachdem die Raketenstationierung in der BRD begonnen und der Bundestag dieser Stationierung zugestimmt hat, ist die Lage, das kann niemand übersehen, nicht mehr so, wie sie vorher war. Doch schließen wir die Möglichkeit nicht aus, daß es früher oder später trotzdem zu positiven Ergebnissen der Verhandlungen über Abrüstung kommt und die Entspannung fortgesetzt wird. Deshalb werden wir jeden vernünftigen Vorschlag der BRD, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten entsprechend dem Vertragssystem auf ein normales Gleis zu bringen, sorgfältig prüfen, aber alle Angriffe auf die Souveränität der DDR auch künftig konsequent zurückweisen. Wer glaubt, er könne angesichts der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles der DDR anders begegnen als einem souveränen Staat, wer glaubt, er könne jenen Passus im Grundlagenvertrag einseitig außer Kraft setzen, der besagt, daß jeder der beiden deutschen Staaten über seine inneren und äußeren Angelegenheiten selbst entscheidet, befindet sich auf dem Holzweg.

Gerade in der jetzigen Situation steht für die Arbeit unserer Partei um so mehr im Vordergrund, die Deutsche Demokratische Republik allseitig zu stärken und die Beschlüsse des X. Parteitages über die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erfolgreich zu verwirklichen. Politische Stabilität, ökonomische Dynamik, kontinuierliche Fortsetzung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Wohle des Volkes sind von entscheidender Bedeutung für unseren Beitrag zur Sicherung des Friedens.

Von der Vorbereitung und Durchführung des 35. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik werden starke Impulse auf das Leben in unserem Lande, auf die Initiative und das Schöpferium der Menschen ausgehen. Im Beschluß des Politbüros vom 8. November 1983 sind alle wesentlichen Maßnahmen festgelegt. Sie dienen dazu, das Entstehen, Werden und Wachsen unserer sozialistischen DDR, die historische Wende und die grundlegenden Veränderungen überzeugend zu verdeutlichen, die seit Errichtung der Macht der Arbeiter und Bauern unter Führung unserer Partei auf deutschem Boden vollzogen wurden.

Abenteurern  
den Weg  
verlegen

Unsere DDR  
allseitig  
stärken